

GZ: BMNT-LE.2.3.2/0049-II/9/2018

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

30/4.2

Gegenstand: Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union
(Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel am 16. Juli 2018

Am 16. Juli 2018 fand die Tagung des Rates der Europäischen Union
(Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel statt.

TOP 1, und 2 Annahme der Tagesordnung und die Listen der A-Punkte

Die Tagesordnung und die Listen der A-Punkte wurden mit einer Ausnahme (Verordnung über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben: Stimmenthaltung von DE, DK und NL) ohne Einwände angenommen.

TOP 3 Arbeitsprogramm des Vorsitzes

- Vorstellung durch den Vorsitz

Die Prioritäten des österreichischen Vorsitzes wurden mit Unterstützung des Präsidentschaftsvideos sowie einer Präsentation dargelegt. Der österreichische Vorsitz ist bestrebt, möglichst große Fortschritte zu erreichen bzw. möglichst viele Dossiers abzuschließen. Hierbei gilt es, als ehrlicher Mittler aufzutreten und ausgewogene Kompromisse zu erzielen.

Als Hauptprioritäten im Landwirtschaftsbereich nannte Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß, in Vertretung von Bundesministerin Elisabeth Köstinger, die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die auch im Zusammenhang mit dem Mehrjährigen

Finanzrahmen (MFR) zu sehen ist und die Verbesserung der Stellung der Landwirte in der Lebensmittelkette (Richtlinie). Hier wird eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament angestrebt. Auch die Verhandlungen betreffend die Spirituosen-Verordnung sollen abgeschlossen werden.

Im Fischereibereich werde der Vorsitz im Herbst die politische Einigung zu den höchstzulässigen Fangmengen in der Ostsee, im Schwarzen Meer und in der Nordsee sowie im Nordatlantik für das kommende Jahr herbeiführen (TAC = Total Allowable Catches). Selbiges gelte für die alle zwei Jahre erfolgende Festlegung für die Tiefseebestände. Außerdem werden die autonomen Importzollkontingente für Fischereiprodukte für die kommenden Jahre festgelegt. Die bereits unter bulgarischem Vorsitz begonnenen Arbeiten zu den Vorschlägen für Mehrjahrespläne werden unter österreichischem Vorsitz fortgeführt. Österreich werde sich ferner um weitere Fortschritte in den Verhandlungen mit dem EP auf Trilogenebene zu den technischen Maßnahmen bemühen. Die Detailbehandlung in der Ratsarbeitsgruppe Fischereipolitik zur Verordnung über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie zur Änderung der Kontrollbestimmungen habe unter österreichischem Vorsitz bereits begonnen.

TOP 4 GAP-Reformpaket für die Zeit nach 2020

- a) **Verordnung über die GAP-Strategiepläne**
 - b) **Verordnung über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der GAP**
 - c) **Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation (GMO) für landwirtschaftliche Erzeugnisse**
- **Informationen der Kommission**
 - **Gedankenaustausch**

Der Vorsitz verwies auf die vorgelegten Fragen betreffend Vereinfachung und Subsidiarität im Zusammenhang mit den Vorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

Kommissar Hogan skizzierte anhand einer Präsentation die bisher gesetzten Vereinfachungsschritte in der GAP sowie die in den Legislativvorschlägen enthaltenen

Elemente der Vereinfachung und Subsidiarität für die künftige GAP. Das neue Umsetzungsmodell soll der Schaffung eines vereinfachten Rahmens mit weniger Regeln, aber unter Aufrechterhaltung des Binnenmarktes, dienen.

Generaldirektor Vladimír Šucha von der „Gemeinsamen Forschungsstelle“ der Europäischen Kommission (Joint Research Center, JRC) verwies auf den Beitrag des JRC bei der Entwicklung der GAP durch die Analyse von Daten und Fakten. Neue Technologien und Kenntnisse sollen vermehrt Chancen und Möglichkeiten zur Modernisierung und Vereinfachung der GAP schaffen.

Die Mitgliedstaaten begrüßten grundsätzlich die Bemühungen der Europäischen Kommission, Vereinfachung und Subsidiarität in den Fokus zu stellen und voranzutreiben, dennoch hielten viele Mitgliedstaaten diese Bestrebungen noch für unzureichend. Als besorgniserregend wurde vor allem die niedrigere Finanzausstattung, kombiniert mit höheren Anforderungen an die GAP, eingestuft. Dies wurde auch von der gemeinsamen Erklärung der deutschen Landwirtschaftsministerin und des französischen Landwirtschaftsministers über die Zukunft der GAP ebenfalls betont. Nach deren Vorstellung begrüßten und unterstützen weitere Mitgliedstaaten diese Erklärung.

Eine Vereinfachungsnotwendigkeit wurde von mehreren Mitgliedstaaten wiederholt bei der Konditionalität, wo neue Anforderungen zu mehr Komplexität führen, und bei den GAP-Strategieplänen gesehen. Hier plädierten die Mitgliedstaaten dafür, diese klar, übersichtlich und einfach zu halten. Sorge bereitete einigen Mitgliedstaaten der Genehmigungsprozess der GAP-Pläne, vor allem im Hinblick auf die große Detailtiefe, mögliche Verzögerungen bei der Genehmigung und das daraus resultierende Risiko verspäteter Auszahlungen. Mehrfach kritisiert wurde auch die von der Europäischen Kommission vorgesehene hohe Anzahl an Delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten. Einige Mitgliedstaaten betonten die Notwendigkeit eines entsprechenden Übergangszeitraums für die Implementierung des Umsetzungsmodells.

Für Kommissar Hogan bezeichnete das Finden eines Gleichgewichts zwischen den Forderungen der MS nach fairem Wettbewerb und einem Mehr an Subsidiarität als größte Herausforderung.

Folgende Themen wurden unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges behandelt:

a) Aktueller Gesetzgebungsvorschlag

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Auflagen: Einen einfacheren Weg zur Sicherstellung der Umweltsicherung finden

- Informationen der finnischen Delegation, im Namen der tschechischen, der dänischen, der estnischen, der finnischen, der lettischen, der litauischen, der luxemburgischen, der niederländischen, der rumänischen und der schwedischen Delegation

b) Antrag auf Annahme von außergewöhnlichen Maßnahmen zur Unterstützung von Landwirten aufgrund der schweren Dürre in Polen

- Informationen der polnischen Delegation

c) Wahl des nächsten Generaldirektors der FAO im Jahr 2019

- Informationen der französischen Delegation

d) Stand hinsichtlich der Afrikanischen Schweinepest in Rumänien

Informationen der rumänischen Delegation

Ich stelle daher den

Antrag

Die Bundesregierung wolle den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 4. Oktober 2018

Die Bundesministerin:

Köstinger